

Schwerer Rückschlag im Kampf um niedrigere Wasserpreise in Berlin

Kartellverfahren: Senatsbevollmächtigter gibt auf – Streit mit der neuen Wirtschaftssenatorin

■ VON CHRISTINA HUNDRING

berlin – Mitreißer zum Ringen um die Senkung der Wasserpreise in Berlin verliert das Land einen seiner wichtigsten Unterstützer. Der führende Kopf im Ermittlungsverfahren des Bundeskartellamts gegen die Berliner Wasserbetriebe gibt wegen Unstimmigkeiten mit dem Senat sein Amt auf. Nach Informationen der Berliner Morgenpost hat Markus C. Kerber dem Bundeskartellamt und dem Land Berlin mitgeteilt, dass er sein Mandat als Verfahrensbevollmächtigter des Senats mit sofortiger Wirkung niederlegt. Als Grund nennt Kerber die „ambivalente Haltung des Berliner Senats gegenüber den Ermittlungen des Bundeskartellamts“, die ihm keine andere Wahl lasse, als die Zusammenarbeit zu beenden. Eine weitere Stellungnahme zu seinen Beweggründen lehnte Kerber am Mittwoch ab.

Kerber, Jurist und Wirtschaftsprofessor der Technischen Universität Berlin, war seit 2008 im Auftrag des Senats maßgeblich dafür verantwortlich, das Kartellverfahren wegen des Verdachts des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung durch überhöhte Trinkwasserpreise gegen die Berliner Wasserbetriebe anzustrengen.

Das Bundeskartellamt hatte Anfang Dezember nach einer monatelangen Prüfung und einem Vergleich mit anderen Großstädten eine „missbräuchliche“ Preisfestlegung beim Trinkwasser feststellt und die Berliner Wasserbetriebe ab-

gefordert. Der Kubikmeter kostet zurzeit 2,27 Euro. Die Bonner Prüfbehörde verlangt eine Senkung der Preise bis 2014 um 19 Prozent pro Kubikmeter, was für die Berliner insgesamt eine Entlastung um 205 Millionen Euro bedeuten würde. Laut dem Bundeskartellamt sollte die Preis senkung schon mit Beginn dieses Jahres greifen. Allerdings haben die Wasserbetriebe das Recht, auf die Abmahnung zu antworten, was sie Anfang dieser Woche mit einem 180-seitigen Schreiben getan haben. Mit einer endgültigen Entscheidung des Bundeskartellamts wird innerhalb der nächsten Wochen gerechnet. Wie die Berliner Morgenpost weiter erfährt,

protestiert Kerber mit seiner Mandatsunterlegung gegen die mangelnde Unterstützung der neuen rot-schwarzen Landesregierung für das laufende Kartellverfahren. In mehreren Schriftwechseln mit der zuständigen Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Sybille von Obernitz (parteilos), hat Kerber den Informationen zufolge die mangelnde Ansprechbarkeit des neuen Senats kritisiert und mehrfach Gespräche angeboten.

Außerdem wirft er offenbar der Senatorin vor, ihre Pflichten als Vorsitzende des Aufsichtsrates der Berliner Wasserbetriebe zu vernachlässigen. Als Aufsichtsratschefin solle von Obernitz zur Klärung der

19 Prozent teurer als andere Städte

Verkauf 1999 wurde der Berliner Wasserversorger BwB zum Teilverkauf.

Seitdem gehören dem Land Berlin 50,1 Prozent, den privaten Unternehmen RWfE und Veolia je 24,95 Prozent. Insgesamt sind die Preise für Wasser in Berlin seit der Teilprivatisierung um 35 Prozent gestiegen. Das liegt wohl auch an den Vertägen, die den privaten Teilhabern eine garantierte Rendite zusichern.

Preise in Berlin kostet der Kubikmeter Trinkwasser zurzeit 2,27 Euro, in Düsseldorf dagegen nur

1,81

Euro, in Köln 1,64 Euro. Das Bundeskartellamt forderte nach einem Vergleich mit Hamburg, München und Köln eine Senkung um 19 Prozent.

Folgen Sollte sich das Kartellamt durchsetzen, hätte das weitreichende Folgen. Zum einen müssten die Wasserbetriebe wohl rationalisieren, was auch Entlassungen bedeuten könnte. Zudem sinkt der Gewinnanteil für Berlin. Und die privaten Teilhaber könnten ohne Nachverhandlung der Verträge auf einen Ausgleich ihrer Verluste pochen, wofür das Land aufkommen müsste.

kartellrechtlichen Vorwürfe gegen das Unternehmen beitragen, stattdessen würde sie aber durch Unrüttigkeit der Gegenseite das Feld überlassen, soll Kerber der Senatorin mitgeteilt haben.

Die Senatorin wies die Vorwürfe am Mittwoch zurück. Nicht Kerber habe sein Mandat niedergelegt, sondern sie selbst habe ihn in einem Schreiben vom Anfang der Woche gekündigt, teilte von Obernitz mit. Kerber habe sich auch nie über mangelnde Gesprächsbereitschaft beklagt. „Richtig ist hingegen, dass Herr Kerber durch die Senatorin mit Schreiben vom 21.12.2011 aufgefordert worden ist, in dem Verfahren keine weiteren Äußerungen zur Sache abzugeben. Daraufhin hat Herr Kerber seinerseits die Beendigung seiner Tätigkeit angeboten.“

Mit der Mitteilung, sein Mandat niederzulegen, erteilt Kerber dem Senat auf dem Höhepunkt des Verfahrens einen empfindlichen Schlag, zumal auch die Opposition und die Initiatoren des Wasservolksbegrüßens, der Berliner Wassertrisch, aktuell die Unrüttigkeit des Landes in der Angelegenheit kritisieren. „Der Rücktritt Kernbers sollte ein Signal an den Regierenden Bürgermeister und seinen neuen Senat sein, endlich eine klare Haltung im Konflikt über die Wasserpreise einzunehmen“, sagte Gerhard Seyfarth vom Berliner Wassertrisch.

Das Bundeskartellamt in Bonn bestätigte am Mittwoch die Meldung, wolle sich aber unter Hinweis auf die Neutralität der Behörde nicht weiter äußern. S. 15

Berliner Wasserstreit geht in die nächste Runde

Zerrüttetes Verhältnis: Bevollmächtigter des Senats gibt Mandat auf

■ VON CHRISTINA BRÜNING

Ein erstes Gespräch kann nie zustande. Von Anfang an scheint das Verhältnis zwischen der neuen Wirtschaftssenatoren und ihrem Bevollmächtigten für den Wasserstreit beim Bundeskartellamt schwierig gewesen zu sein. Dabei ist das Verhältnis, mit dem die Bonner Behörde die Berliner Trinkwasserpreise überprüft, derzeit eines der wichtigsten für das Land und die Berliner. Und es befindet sich gerade auf einem Höhepunkt – in Kürze wird die Verfügung des Bundeskartellamtes erwartet. Nach der schon erfolgigen Abmahnung von Dezember erwarten Experten, dass die Behörde erneut eine deutliche Senkung des Wasserpreises verlangt. Inmitten dieser Gemengelage hat der Jurist und Wirtschaftsprofessor Markus Kerber nun öffentlich mitgeteilt, sein Mandat als Senatsbevollmächtigter niederzulegen.

Informationen der Morgenpost zufolge hat Kerber in seiner Rolle als Bevollmächtigter – einer Art Anwalt, Ratgeber und Sachverständiger des Landes – den Senat Anfang Dezember über die bevorstehende Abmahnung informiert. Er wandle sich demzufolge erst an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), dann an die frisch verteidigte neue Wirtschaftssenatorin Sybille von Obernitz (parteilos). So soll Kerber dem Senat das Gespräch angeboten und ihm geraten haben, sich zu positionieren, damit nicht der Eindruck entstehe, Berlin sei als Anteilseigner der Wasserbetriebe eher an Einnahmen interessiert als an sinkenden Preisen.

Als Reaktion erhielt Kerber die Aufforderung, in dem Verfahren keine weiteren Äußerungen zur Sache abzugeben. Ein Af-Front gegenüber dem Juristen und TU-Professor, der von Obernitz Vorgänger Wolf eingesetzt worden war. Kerber drohte der Senatorin daraufhin im Dezember bereits seinen Rücktritt an. Man kann Kerber wohl als eine schil-

dem Problem der Haushaltskrisen bei Bund und Ländern und alternativen Instrumenten der Finanzierung – und ist immer wieder als Gutachter in Fragen der Wasserwirtschaft tätig. Als Experte ist er auch in den Medien gefragt – auch, weil er ein entscheidener, aber auch nicht unumstrittener Kritiker der derzeitigen Euro-Rettungspolitik der EU ist.

Auf seinen Rücktritt als Sachverständiger für Berlin haben die Experten im Sonderausschuss „Wassererträge“ des Abgeordnetenhauses am Mittwoch mit Überraschung reagiert. „Berlin verliert damit den sichtbar besten Sachverständigen in der Thematik, den es gibt“, sagte Heidi Kosche, Sprecherin der Grünenfraktion im Wasser-Ausschuss. Wie schon der Berliner Wasserstreit fordert auch Kosche, der Senat müsse sich endlich dazu erklären, welche Politik er im Wasserstreit künftig verfolgen möchte. „Frau von Obernitz als zuständige Senatorin soll endlich anfangen, sich darum zu kümmern, dass für die Berliner der Wasserpreis sinkt“, sagte Kosche. Nikolaus Karsten (SPD) bedauerte Kerbers Schritt, nahm die Senatorin aber in Schutz: Sie müsse sich in die komplexe Thematik des Wasserstreits erst einarbeiten. Die CDU-Fraktion wollte sich nicht äußern.

Es sei bislang völlig off-

fen, wie das Land sich weiter im Wasserstreit positionieren wolle, kritisierte dagegen Linken-Landeschef Klaus Lederer. „Die Berliner müssen endlich gesagt bekommen, wann das Versprechen, die Wasserpreise zu senken, eingelöst werden soll.“

Le-

der hält die Mandatsinhaber- gung für ein „Symptom dafür, dass der Senat derzeit keinen Plan hat, wie er seine Rolle als Anteilseigner der Wasserbetriebe und Gewährungsträger der Anstalt ausfüllen will“.

Dann die Wirtschaftssenatorin hat von ihrem Vorgänger eine schwierige Doppelrolle geerbt: Wolf hat mit Hilfe vom Kerber das Bundeskartellamt ange-



Berlins Wasser ist teuer

Preisvergleich für einen Kubikmeter in Euro

STADT	TRINK-	ABWASSER	GESAMT
Potsdam	2,24	4,00	6,28
Halle (Saale)	2,46	3,51	5,97
Chemnitz	2,31	2,81	5,13
Berlin	2,31	2,81	5,13
Rostock	2,06	3,01	5,07
Essen	1,94	2,75	4,75
Schwern	1,95	2,45	4,40
Dresden	2,21	2,68	4,19
Frankfurt/M.	2,03	1,76	3,79
Leipzig	1,96	1,64	3,60
Düsseldorf	1,81	1,87	3,48
Köln	1,64	1,71	3,36